

Volkstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Morgen abends — Herausgeber: Robert Schmidt, Magdeburg — Verantwortlich für Inhalt: Wilhelm Lindau, Magdeburg — Druck und Verkauf von W. Pfannschmidt & Co., Magdeburg, Große Märkische 3. — Fernvertrieb: A. Schüssele, Fürstenteil Nr. 6267, für den Verkauf und die Druckerei Nr. 6265. — Postkarte: alle 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 31. März, 100 Pfennig. Abholer: 80 Pfennig.

Amo gen. ette in Goldpfennigen: Die 10geprägte, 27 Millimeter breite Römpfalege ist breit 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienausgabe und Zettel sind 12½ Pfennig, 3 rei 5 slender 30 Pfennig, die dreieckige Kassette 90 Millimeter breite Kassette ist breit 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. Eine Goldmarke ist ein Dollar geteilt durch 120. Der schwäbische Rabatt acht Pfennig, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnung abzahlt. Siedlung erfolgt für Plakatverkäufer keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postdirektion Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 64.

Magdeburg, Dienstag den 17. März 1925.

36. Jahrgang

Schwindel über Schwindel.

Ein Verdächtigungsausschuss.

Der Bedarf des normalen Menschen an Unternehmungen für Persönlichkeit dürfte zurzeit in Deutschland gedeckt, wenn nicht überschritten sein. Zwei Untersuchungsausschüsse wachten in Preußen, einer im Staate, dessen Antes, dazu kommt der Magdeburger Prozeß.

Fast alle diese Untersuchungen sind Ausläufer des systematischen Hess- und Bewertungsfeldzugs gegen die Sozialdemokratie — mit Ausnahme des preußischen Handelsministerialausschusses, der den Beginn einer Gegenaktion darstellt und ein mannswertes Stück altpreußischer Zunder- und Promotionskultur in unverweichbaren Zügen enthüllt hat.

Während aber in diesem Auschluß und ebenso im Magdeburger Prozeß eine geregelte und sachgemäße Beweisaufnahme stattfindet, kann man von den beiden so genannten „Barmat-Ausschüssen“ nur das Gegenteil behaupten. Ramentlich der preußische Untersuchungsausschuß, in dem Borsig und Beichterstattung bei den Rechtsparteien liegen, droht in ein völliges Lohwabohu auszuarten. Mit Recht wurde in seiner letzten Sitzung verschiedentlich die Frage aufgeworfen und sogar von dem volksparteilichen Vorsitzenden Professor Leidig sofort angekündigt, daß der Untersuchungsausschuß zu einem Verdächtigungsausschuß herabgesunken ist. Es liegt der Charakteristik der Methoden, die von den Rechtsparteien in diesem Ausschluß angewendet werden, dienen, daß ein am der Sache völlig unbeteiligter Kaufmann, der nur zufällig Zeuge einer Handlung geworden war, den Ausschluß himmelhoch bitten ließ, daß sein Name nicht genannt zu werden brauche, weil jeder in der Geschäftswelt heillos kompromittiert sei, der überhaupt mit diesem Ausschluß in Verbindung gebracht wird.

Der Name „Verdächtigungsausschuß“ ist für den preußischen Untersuchungsausschluß nur allzu verdient. Die Methode ist immer die gleiche. Zuerst werden für alle Beweishemmen regelmäßig Zeugen vernommen, die nur vom Hören oder gerüchteweise etwas von der Sache wissen, oder Zeugen aus untergeordneten Stellungen, die von ihrem Tätigkeitsplatz aus den Gegenstand der Verhandlung gar nicht übersehen konnten. Die ganz unsicheren und ansehbaren Aussagen dieser Leute werden dann von der Rechtspartei in großer Aufmachung sensationell ausposaunat. Erst Tage und Wochen später kommen dann die authentischen Zeugen heran, die den rohren Sachverhalt feststellen. Ihre Aussagen aber verschweigt die Rechtspartei. So hat man gegen die ehemaligen sozialistischen Minister wohlenslang allen möglichen Statistisch und Anreicher zusammenragen lassen, der mittlerweile im Reichsausschluß durch die klare und voraussehende Aussage Robert Schmidts völlig widerlegt ist.

Ein kleines Beispiel, wie es gemacht wird: Im Preußenausschluß bestanden die Rechtsparteien auf die Verurteilung eines Oberregierungsrats Ledder vom Margarineinstitut, der schreckliche Dinge befürchtet hatte: die Armee-Konservenfabrik Geisenhain bei Svandau sei an die Premer Margarinefabrik „Brem“ im Jahre 1922 für das Spottgeld von 18 Millionen Papiermark verpfändet worden, während von anderer Seite ein Angebot auf 125 Millionen vorgelegen habe. Nun hat die „Brem“ allerdings nicht das mindeste mit Barmat zu tun. Aber die „Brem“ ist in den Deutschen Margarinewerken (Dema) aufgegangen, und von der Dema hat Barmat später — viele Monate nach dem Verkauf der Armee-Konservenfabrik — einen kleinen Bruchteil der Aktien erworben. Oberregierungsrat Ledder sagte dem auch aus, daß tatsächlich der Verkauf zu 18 Millionen gefügt worden sei. Große Zeugung! Aber dann kam von unterrichteter Seite die Aufklärung, kam das, woran der Oberregierungsrat nichts wußte.

Es handelte sich nämlich nur um ein Zweckgeschäft. Das Deutsche Reich hatte gar nicht die Absicht, daß der Armee-Konservenfabrik zu entzünden, sondern es wurde durch Fusion mit der „Brem“ ein gemischteter Betrieb geschaffen. Bei dieser Fusion, aus der die „Dema“ entstand, ging die große Aktienmehrheit in den Besitz des Reiches über, die demit praktische Eigentümerin der Armee-Konservenfabrik blieb. Der „Borsig“ an die „Brem“ war nur eine zur Kostenersparnis gewählte Form der Einbringung der Armee-Konservenfabrik in die neue Gesellschaft. Und da das Ganze eben nur ein Zweckgeschäft zur Ersparung der Kosten war, lag es im Interesse des Reiches, den Kaufpreis möglichst gering zu halten. Das Beste aber: Von Barmat war damals über-

haupt nicht die Rede, er wußte von der ganzen Sache nichts und ist erst Monate später mit der Dema in Verbindung gekommen.

Dieser Fall mußte in Detail angeführt werden, weil er untypisch für dasgegenüber ähnlicher Fälle ist. Noch jeder Zeitbestand erscheint vor dem prähistorischen Untersuchungsausschuß zunächst in einer irrationalen, völlig verzerrten Darstellung, und dann bleibt es der Vermischung der Ausschusssmitglieder, denen es um die Wahrheit zu tun ist, überlassen, in militärischer Arbeit den Sachverhalt richtigzustellen. Aber immer erneut, nachdem die Rechtspreche mit der Ausklachtung des Untersuchungsgebildes ihre politischen Freiheiten gemacht hat.

Diese tendenziöse Verfälschung, die im Ausschuß Anlaß in der bestätigten Allegorie gegeben hat, kann man in der Rechtspreche auch gegenüber den übrigen erwähnten Verhandlungen beobachten. Im Reichsuntersuchungsausschuß haben die Vernehmung von Robert Schmidt und die des ehemaligen Leiters der Einsfuhrstelle, Brüschow, in den letzten Tagen ein dichtmeißiges Lügennetz zerrissen. Im Magdeburger Prozeß bringt jeder Verhandlungstag eine neue Niederlage des angeklagten Verleumdeten, eine völlige Rechtfertigung Eberts. Schon ist eine der wichtigsten Stützen des Verschönerlichen erkrankt: Urteil gebracht. Dittmann hat als Zeuge bekundet, daß das in erster Instanz den verstorbenen Reichspräsidenten „gegefährdeten“ Flugblatt nicht von Ebert, sondern von Dittmann ohne Wissen Eberts verfaßt worden ist. Während die für Ebert aufstreitenden Zeugen aus der Arbeiterbewegung bestimmte sachliche Angaben machen, erheben sich die Zeugen der Verteidigung in allgemeinen Redensarten, Vermutungen und politischen Debatten. Je weniger sie von der Sache wissen, desto pathetischer deklarieren sie im Stile der deutschnationalen Redebühnen. Aber wer die Berichte der Rechtspreche liest, findet nur diese Deklamationen, nichts von den sachlichen Ergebnissen.

Völlig null geworden aber ist es in der Rechtspreche von dem Ausschluß über die Pauschalbefreiung. Was hier Tag für Tag erhält wird, wie der altpreußische Beamte Geheimrat Nähring einem altpreußisch-adligen Ritterkonsortium Millionen über Millionen in den Schoß warf, das nicht allerdings wie die Faust aufs Auge zu den Lobgehrigen der Rechtspreche auf die unbestechliche Zeit der Monarchie im Gegensatz zu der angeblich so korrupten Republik.

Aber die Taktik des Totschweigen wird auf die Dauer nicht verhindern, daß die Wahrheit sich Bohn holt. Und der Tag ist nicht fern, an dem die Folgen des ganzen Schnäpp- und Verleumdungsfeldzugs gegen die Sozialdemokratie auf dessen Urheber zurückfallen werden. Kreislich hofft die Rechte, daß bis zur Präsidentenwahl der Sammelpunkt noch halten und seine Tiere tun wird. Deswegen ist es not, nicht nur Aufklärung, sondern auch rechtzeitig Aufklärung zu schaffen. —

Deutschland und der Völkerbund.

Der Völkerbundsrat erledigte am Sonnabend, dem letzten Sitzungstag, eine Reihe wichtiger Angelegenheiten. Er genehmigte u. a. die Erhöhung der Gendarmeriezahl im Saargebiet, ferner eine Kulihe Dantzig in Höhe von 1.500.000 Pfund, die in England aufgenommen werden soll. Den griechisch-türkischen Friedensfall will man durch ein internationales Gerichtsgericht Wien.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung bildete die endgültige Antwort auf die deutsche Declaratio über den Eintritt in den Völkerbund. Der Rat stimmte dem Entwurf der Antwort einstimmig zu. In ihm heißt es u. a.:

Der Rat bemerkte, daß die deutsche Regierung hinreichend der Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Weise verzichtet. Besondere Vergünstigungen für Deutschland zu fordern, aber daß sie erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beziehen wird. Der Rat stellt fest, daß die gebrauchten Regierungen mit dieser Bedingung vollständig einverstanden sind. Auch er hält den Grundsatz der Gleichberechtigung, der sowohl gleiche Rechte wie gleiche Rechte für alle bedingt, für eins der wesentlichen Elemente des Völkerbundes.

Gleichzeitig glaubt er die Bemerkung machen zu müssen, daß dieser Grundsat wichtige Folgen für die besondere Frage bringt, die die deutsche Regierung in bezug auf Artikel 16

des Völkerbundspaktes aufzurollen. Deutlich verlangt weisenlich im Hinblick auf diesen Artikel eine Annahmeelung; aber dieser Artikel ist von grundlegender Bedeutung für die Verfestigung des Völkerbundes, denn er befreit den Völkerbund aus der Karierten, die alle Völkerbundsmitglieder gemeinsam mit der Verantwortlichkeit, die sie übernehmen.

Bei der Darstellung ihres Standpunktes zu dieser Frage kann die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit auf die militärische, durch den Vertrag von Versailles geschaffene Lage Deutschlands richten. Sie bringt die Verteidigung aus, daß im Falle, wo die im Artikel 16 vorgezeichneten Maßnahmen zum Ausdruck von Neindisziplizierten führen würden, Deutschland nicht in der Lage wäre, sein Heer gegen eine militärische Invasion zu föhren. Die deutsche Regierung fügt hinzu, daß noch ihre Ansicht es nur einen Weg aus der sinnlosen Lage gibt, in der sie sich befindet: „man wird Deutschland für den Fall von internationalen Konflikten die Möglichkeit leisten müssen, das Ausmaß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen.“ In einer andern Stelle opponiert die deutsche Regierung dagegen, daß Deutschland gespannt wäre, auf die Neutralität zu verzichten, wenn es in den Völkerbund eintritt.

Der Rat hält es für angezeigt, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Art. 16 und Bedeutung der effektiven Teilnahme der Völkerbundstaaten an militärischen, vom Völkerbund in Ausführung des Paktes unternommenen Operationen notwendigerweise mit ihrer militärischen Lage variiert. Kraft der Verpflichtungen des Paktes hat der Völkerbundsrat die Verpflichtung, die militärischen, maritimen und Luftstreitkräfte zu verstärken, mit denen die Völkerbundsmitglieder zu der bewaffneten Macht beitragen werden, die den Verpflichtungen des Völkerbundes mit Nachdruck Achtung verschaffen soll. Es wird Deutschland selbst zustehen, zu sagen, bis zu welchem Grad es in der Lage war, den Empfehlungen des Völkerbundsrates zu entsprechen. Der Rat erinnert außerdem die deutsche Regierung daran, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Föderationsbundes immer an der entsprechenden Entscheidung über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen würde.

Über die wirtschaftlichen Maßnahmen bestimmen die Völkerbundstaaten selbst gemeinsam oder unter vorheriger Vereinbarung. Niemals können die Bestimmungen des Paktes so nicht zu, daß, wenn eine Aktion nach Artikel 16 unternommen wird, jeder einzelne Völkerbundstaat getrennt darüber entscheidet, ob er daran teilnehmen muß. Der Rat hält es für seine Verpflichtung, offen seine Meinung dahin auszusprechen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geeignet wäre, die Grundsätze des Völkerbundes zu untergraben. Es scheint dem Rat unmöglich, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Rates im Falle von Operationen gegen einen Staat, der den Pakt verletzt hat, eine Stellung behält, die für seine Staatsangehörigen die Freiheit leisten würde, sich den allgemeinen Verbindlichkeiten, die der Pakt auferlegt, zu entziehen. Es ist kaum notwendig, darauf hinzuzweisen, daß andre Länder, deren militärische Kräfte durch die Bestimmungen der bestehenden Verträge ebenfalls eingeschränkt werden würden, bei ihrem Eintritt in den Völkerbund den Pakt ohne Vorbehalt angenommen haben.

Am Schlus der Antwort heißt es: „Der Rat wünscht offiziell Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunschen zu entsprechen, es an den Völkerbundarbeiten beteiligt zu sehen und so für die Organisierung des Friedens die Rolle zu spielen, die seiner Lage in der Welt entspricht.“

Audi Streitmann wird nicht befürchten wollen, daß die sozialistische Note des Völkerbundsrats seine bisherigen Bedenken, insbesondere gegen den Artikel 16, im großen und ganzen erledigt. Die Konsequenz dieser Feststellung ist, daß Deutschland jetzt in den Völkerbund eintritt. Eine endgültige Entscheidung darüber dürfte gefällt werden, sobald der Vertreter der Note in Berlin eingetroffen und nach der juristischen Seite hin geprüft worden ist. —

Die Farresei.

Der sogenannte „Reichsbund der Rechtsparteien“ zur Vorbereitung der Präsidentenwahl ist am Sonntag mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit getreten, für den man ihm Daft sagen muß. Denn aus diesem Aufruf wird ersichtlich, wessen Kandidat Farres ist und welche Kreise hinter ihm stehen. Er ist der Mann jener Kreise, die sich der intellektuellen Überherrschaft des Erzberger und Rathenau in ordern müssen dürfen. Der Stahlhelm, der Werwolf, der Viking-Bund und die schwarze weiße Organisation heißen, heben ihn auf den Schild und präsentieren ihn als Mann ihres Charakters und ihres Geistes. Borsig und Bögl, die Industriemagnaten, Männer, die von dem 700-Millionen-Segen ein gut Leid erhalten haben und die Wahlen zum 7. Dezember finanziert, betrachten Farres ebenfalls als ihren jungen Mann, von dem sie als Reichspräsident die Vertretung ihrer, der schwerindustriellen und großagrarischen Interessen erwarteten. So ist der Aufruf des Reichsbundes der Kriegsverlierer, der Inflationsarmee und Steuer-

gent pro Monat. Später habe ich alle Beziehungen zu Varmat gelöst. Zum Minister Hermes bin ich auf Eruchen meines Parteifreundes Schmarz gegangen, um mich zu überzeugen, was denn an den Behauptungen Varmat sei ein Schieber und dergleichen, sei. Hermes gab zunächst mehrere Male ausweichende Antworten. Er erklärte zunächst, daß seines Wissens nichts Besonderes los sei. Später bin ich mit Varmat und Schwartz nochmals bei Hermes getreten. Es wurden dann zwei Beamte der Zivilcaville hinzugezogen, die erklärten, man sei mit Varmat sehr unzufrieden wegen jener Art der Lieferungen. Varmat wurde sehr erregt und wies die Beschuldigungen zurück. Er wollte Zeugen benennen usw. Zeuge Bauer habe damals den Vorschlag gemacht, daß eine Untersuchung über die Angelegenheit angestellt werden möge. Es wurde daraufhin das Versprechen gegeben, die erhobenen Vorwürfe schriftlich zu fixieren. Varmat hat dieses Schriftstück erhalten und daraufhin Einspruch erhoben. Es ergibt sich also ein wesentlich anderes Bild als das von einzelnen Zeugen hier entworfen. Auf Geschäfte vom Jahre 1919 habe Zeuge Bauer keinen Einfluss gehabt. Der „Volks-Münziger“ und die „Deutsche Tageszeitung“ lügen diese Berichte noch um.

Bei der weiteren Vernehmung Bauers geht es

sehr erregte Szenen.

Als der Zeuge betont, es würden verdächtige Auslagen gegen die Sozialdemokratie gemacht, weiß das der Vorsitzende zurück. Der Zentrumsabgeordnete Schwering bemerkte, bedauerlicherweise stelle sich erst jetzt heraus, daß die Praxis des Ausschusses verkehrt sei. Um übrigen sei die Berichterstattung der Rechtsopposition über den Ausschuß geradezu fiktional.

Es entsteht große Erregung bei den Deutschnationalen. Rautner (Soz.) kritisiert ebenfalls das falsche Verfahren des Ausschusses. Er erklärt, es werde jetzt bereits in 25 Sitzungen hier unter einem Mann geredet, der in Untersuchungshaft sitze und seit Monaten keine Gelegenheit habe, sich gegen die gegen ihn gemachten Vorwürfe zu verteidigen. Nach der Strafprozeßordnung müsse das Verfahren mit der Vernehmung des Beschuldigten beginnen. Es sei nun endlich der Zeitpunkt gekommen, wo Varmat hier vernommen werden müsse. Zu diesem Zwecke müsse erneut mit dem Untersuchungsrichter in Verhandlungen eingetreten werden.

Hierauf wird die Sitzung auf Montag verlegt. —

Die Kommunisten brauchen Tote.

Die Berliner Kommunisten veranstalteten am Sonntag auf dem Bülowplatz eine Protestkundgebung gegen die Vorcommunis in Halle. Die Zahl der Teilnehmer ist auf 3000 Personen zu beziffern. Nach der Versammlung zogen die Demonstranten in geordnetem Zuge in ihre Bezirke zurück. Dieser Rückmarsch ist im allgemeinen ruhig verlaufen bis auf einen Zusammenstoß in Neukölln. Hier schifanierte ein Trupp des „Roten Frontkämpferbundes“ in Stärke von circa 400 Mann wiederholt durch Frechheiten die Polizei, und als man schließlich versuchte, einen Straßenbahnenwagen zum Halten zu bringen, mußte die grüne Polizei eingreifen. Sie wollte den Hauptföder, der auf dem Straßenbahner mit einer Weichenstange eindrang, festnehmen und zur Wache bringen. In dieser Absicht wurde sie durch die Demonstranten gewaltsam verhindert. Der Zeitgenomme wurde ihr entrissen. In dem amtlichen Polizeibericht heißt es darüber weiter:

In höchster Bedrängnis gab nunmehr ein Schuhpolizist, der zufällig in Zivil des Weges gekommen und seinen gefährdeten Kameraden beigesprungen war, Schreie ab. Außerdem sind auch Schüsse aus der Menge gefallen. Hierbei wurde einer der an dem Angriff auf die Beamten hauptsächlich beteiligten Demonstranten, dessen Name noch nicht festgestellt ist, durch einen Oberjäger leicht verletzt und ist infolge Verblutung kurz darauf gestorben. Den noch weiterhin fortwährend an Leib und Leben bedrohten Beamten gelang es nur durch Vorhalten der Schußwaffe und Hinweis auf die Folgen, die Menge solange von sich fernzuhalten, bis das inzwischen alarmierte Überfallkommando eintraf und die Menge durch gütliches Zureden zum Auseinandergehen veranlaßte. Die höhere Bedrängnis der beteiligten Beamten und die Gewalttätigkeit der Menge gegen sie, ist auch durch unbeteiligte Zivilverfolgten bestätigt worden.

Die Angaben der Polizei werden uns von Augenzeugen ebenfalls bestätigt. Die „Rote Fahne“ dagegen heißt natür-

Radiodienst der Solesstimme.

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Kiel.

In Kiel, 16. März. Die Kieler Bürgerschaft wählte am Sonntag den Sozialdemokraten Heinrich Kühnberg mit 29384 Stimmen zum Bürgermeister. Auf den Gegenkandidaten, den Volksarbeiter Hansemann (Reich), entfielen 20726 und auf den bisherigen Bürgermeister, den Demokraten Gradenwitz, 16814 Stimmen. —

Wiederholungskonferenz.

* Paris, 16. März. Aus New York liegen hier übereinstimmende Meldungen über die Einberufung einer Wiederholungskonferenz durch Präsident Coolidge vor. Die Pläne des Präsidenten sollen angeblich so schnell wie möglich den internationalen Mächten zur Kenntnis gebracht werden. Es heißt, daß Präsident Coolidge innerhalb weniger Tage die offiziellen Einladungen ergehen lassen will. Das Programm soll sich auf die Entwicklung zu Lande, zur See und in der Luft beziehen, sowie auf die Anwendung giftiger Gase. Coolidge hofft, daß seiner Einladung die übergroße Mehrheit der 53 Mitgliederstaaten des Völkerbundes folgen werden. —

Antideutsche Demonstration in Polen.

* Warschau, 16. März. Die Warschauer Bevölkerung veranstaltete am Sonntag eine Demonstration gegen die deutschen Garantiekollaboratoren. Handwerkerverbände, Studentenverbände, wirtschaftliche und politische Vereinigungen nahmen an der Kundgebung teil. Sie formierten sich nach einer Saalversammlung zu einem Zug und zogen zum Ministerpräsidium, um Entschließungen zu überreichen, die zum Ausdruck bringen, daß die Regierung auf die Unterstützung des ganzen Volkes bei der Abwehr deutscher Versuche, die polnischen Grenzen zu revidieren, rechnen könne. Im Verlauf der Demonstration wurden verschiedentlich feindliche Ausschreitungen beobachtet.

lich wieder in der bekannten Art, indem sie die Tatsachen in einer Form auf den Kopf stellt, wie es schlimmer nicht geht.

Die Opfer von Hesse.

Einer amtlichen Darstellung der blutigen Vorgänge in der Kommunistenversammlung in Hesse ist zu entnehmen, daß von den Getöteten jedoch durch Schüsse ums Leben kamen, darunter zwölf Frauen. Der Siebente ist im Gefecht erdorft worden. Sechzehn Verwundete, unter diesen acht mit Schußverletzungen, sind ärztlicher Behandlung zugeführt worden. Von den eingesetzten Schüppolizisten haben vier Schußverletzungen, zum Teil erheblicher Art, erlitten.

Die Kommunistenpreise benutzt die traurigen Vorgänge zu einer wütenden Fege gegen die Sozialdemokratie. Die Berliner Zentrale beginnt einen Aufruf in der Sonntagsausgabe der „Rote Fahne“ mit den Worten:

Die Kandidatur Preußen hat ihren ersten Erfolg: Sieben Arbeiter und Arbeitnehmer in Halle werden am 20. März nicht für Dahlmann stimmen, weil sie unter der Erde liegen, durchbohrt von den Augen des Zivildemokraten Runge.

Runge weiste zur Zeit der Bluttat in Berlin. Macht nichts, sieben Arbeiter wurden von seinen Augen durchbohrt. So heißt es sich prächtig und man merkt aus jeder Zeile das Bedauern heraus, daß statt sieben nicht siebzig Agitationsleichen vorhanden sind. Was verfehlte kommunistische Taktik zusammen mit der Verbohrt eines deutschnationalen Leutnants angerichtet haben, ist die Schuld der Sozialdemokratie. Das zu behaupten ist zwar ungänglich albern und gemein, aber echt kommunistisch. —

Die Streitlage bei der Reichsbahn.

Der Schiedsspruch im Eisenbahnerkonflikt findet es seiner Dürftigkeit in der Lohnzulage und der Abschaffung jedes Zugeständnisses in der Arbeitszeitfrage bei den Organisationsleitungen und bei den Streikenden feste Ablehnung.

Die Entscheidung darüber, was nun werden soll, fällt am Montag. Die Tarifkontrahenten sind am Sonnabend zur Besprechung der gegenwärtigen Lage zusammengetreten. Sie waren sich darin einig, den Schiedsspruch ihren Vorständen, die am Montag den 16. März zusammentreten, zur weiteren Begutachtung und Beschlussfassung zu unterbreiten. Sie haben ihren Funktionären die vorläufige Anweisung erteilt, eine Verbreiterung des Kampfes unter allen Umständen zu verhindern und die Ausständigen anzuweisen, mit Gewehr bei Fuß die endgültigen Beschlüsse der Vorstände abzuwarten.

Den Kommunisten passt es nicht in den Kram, daß die Gewerkschaften die Führung im Kampf in der Hand haben. Sie wittern Weltrevolutionärsuft und möchten nach bekannten Rezepten „über die Köpfe der Führer hinweg“ den Generalstreik proklamieren. So gelang es ihnen am Sonntag in einer Berliner Kreisversammlung eine Enthüllung in dieser Richtung zur Annahme zu bringen, nachdem vorher beschlossen worden war, zunächst die Entscheidung der Organisationsleitungen abzumachen.

Die „Rote Fahne“ zerstört die Zickzack der Eisenbahner durch dauernde Verdächtigung der Gewerkschaftsführer. Außerdem soll sie sich auch nicht an Abmachungen über Verhandlungen, die sich auf den Streik beziehen, so daß die Berliner Streikleitung gegen dieses „Arbeiterblatt“ wie folgt Stellung nehmen mußte:

Der gefallene Schiedsspruch im Eisenbahnerkonflikt hat unter den Streikenden helle Empörung ausgelöst. Trotzdem verhält sich ein Teil der Eisenbahner noch abwartend. Einigkeit besteht darüber, daß weitere Schritte erst nach Einstellungnahme der Hauptvorstände erfolgen dürfen. In den Streikversammlungen wird in Resolutionen Streikverlängerung verlangt und zum Ausdruck gebracht, daß die Eisenbahner bereit sind, einen längeren Kampf zu führen.

Die „Rote Fahne“ vom 14. März unterstrich bereits jetzt den Versuch, nach „Schuldigen“ zu suchen. In der Streikleitung ist beschlossen worden, der Kreis nur solche Nachrichten zu übergeben, die von der Streikleitung stammen. Der Kampf ist auf der in Tausenden von Eisenbahnen in den Betrieben verbreitet wurde, ist von der Streikleitung weder dem Vorwärts noch der Rote Fahne übergeben worden. Der Abdruck der Rote Fahne ist ohne Wissen der Streikleitung erfolgt.

Die Streikleitung stellt fest, daß der Vorwärts die Eisenbahner und die Streikleitung weitgehend unterstützen hat. Neben die Haltung vieler Revolutionäre wird nach dem Kampf mit aller Deutlichkeit gesprochen werden müssen. Im Kampf sollte jede Rivalität unterbleiben. Das gilt nicht nur für die Streikenden und ihre Leitung, sondern auch für die Rote Fahne.

Die Kommunistenführer haben es ja immer verstanden, Gewissenswirfung in die Reihen der Streikenden zu bringen. Sicher sind auch die Letzteil der Rote Fahne schon geschrieben, die,

drücke gegen Deutschland und England gebraucht. Anteilnahme-Demonstrationsversuche könnten nur durch die Polizei verhindert werden. Auch die Zugangsstrukturen zur deutschen Gesellschaft waren durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Erklärungen, die vom polnischen Ministerpräsidenten dieser Tage einen österreichischen Journalisten gegenüber gemacht wurden. Er äußerte: Die Absichten Deutschlands entbehren jeder rechtlichen und fülllichen Grundlage. Unter den gegebenen Bedingungen betrachtet, sind sie nicht als etwas Reales anzusehen, sondern eher auf Propagandazwecke berechnet. Nebenfalls möchte ich unterstreichen, daß Polen, das sich auf das allerentwederste allen Versuchen einer Verbilligung dieser Absichten entgegenstellen würde, sich darüber nicht aus der Ruhe und dem Gleichgewicht bringen lassen wird. Polen wird auch sfern danach streben, mit Deutschland auf Grund der bestehenden Verträge korrekte nachbarliche Beziehungen zu pflegen und auszugestalten. —

Völkische Präsidentenkandidatur.

* München, 16. März. Hitler gibt bekannt, daß kein Völkischer für Farbes stimmen könne und will dafür sorgen, daß die Völkischen einen eigenen Kandidaten aufstellen werden. —

Freie Landwirtschaftsorganisation.

* Kassel, 16. März. Am Sonntag ist in Kassel in einer aus allen Teilen des Bezirks stark besuchten Konferenz die Gründung einer Kleinbauern- und Pächterorganisation beschlossen worden. Nach einem Referat des oberhessischen Landwirtes Forster (Soz.) wurde ein Ausschuß gebildet, der sofort die Vorbereiten zur Schaffung einer Organisation erledigen soll. Die neue Organisation hat sich zur Aufgabe gestellt, die Kleinbauern und Pächter von dem wirtschaftlichen Druck zu befreien, unter dem sie durch den Landbau zu leiden haben. —

der Streik mag ausgedehnt wie er will, über sozialdemokratischen Vertrag“ geraten.

Trotz eines solchen Feindes im eigenen Lager werden die Gewerkschaften die Eisenbahnerbewegung so führen, wie es den Interessen der Arbeiter entspricht. Für kommunistischen Weltrevolutionärsung aber ist die organisierte Armee der deutschen Eisenbahner zu schade.

Neben die Bewegung selbst ist noch zu bedenken, daß die Verwaltung eine Zunchine der Streikbewegung zugibt. Die Hannoverschen Güterarbeiter haben die Arbeit niedergelegt, der Tag der am Streik Beteiligten sei damit auf 2,6 Prozent der Gesamtbeschäftigung bei der Reichsbahn gestiegen. Zu Mitleidenschaft in der Präzisions der Streikenden viel ärger, wie schwer nahezu machen würde. —

Reichsgewerkschaft und Eisenbahnerverband.

Die wichtigste und dringlichste Schlussfolgerung haben die Eisenbahner in Frankfurt a. M. gezogen. Am Freitag haben diese beiden Organisationen ihren Zusammenschluß beschlossen und eine Kooperation eingeflochten, um diesen Beschluss durchzuführen. Hoffentlich wird die von den Verwaltungsinstanzen der beiden Verbände beschlossene Vereinigung in allen Bezirken vollständig durchgeführt.

Den Eisenbahner kann nur eine langsame einheitliche Organisation um ehemalige Düsselthilfe helfen. —

Notizen.

Verstorben Zentrumsabgeordnete. Die Reichstagsabgeordnete Hedwig Dransfeld ist im Ursulinenkloster in Berlin gestorben. Frau Dransfeld gehörte dem Vorstande der Deutschen Zentrumspartei an. Sie war die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes Deutschlands. —

Eine Blamage ist genug. Wie bekannt wird, hat der Weimarer Oberstaatsanwalt die von ihm beim Reichsgericht gegen den Kreispräsidenten der Berufungsinstanz im ersten Prozeß gegen den früheren Staatsminister Herrmann eingeführte Revision zu rütteln gegeben. Die Staatsanwaltschaft scheint also die Ausführungen eines Rechtsanwalts eingehen zu haben. —

Große Metallarbeiter-Aussperrung in Kassel. Der Kasseler Verband der Metallindustriellen hat am Sonnabend rund 5000 Metallarbeiter ausgesperrt. Weitere 1500 Metallarbeiter werden Ende dieser Woche folgen, so daß dann 6500 Arbeiter auf die Straße gelassen werden. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter bei einer mittleren Firma wegen Döbelndiätieren in den Zustand treten. An dem Konflikt ist der staatliche Schlichter nicht ganz unzulässig. Einem auf sehr eigenwillige Weise gehandelten Schiedsspruch, auf dessen schmalste Durchführung die Industrieleinheiten drängten, hat der Schlichter für verbindlich erklärt, ohne vorher auch nur den geplanten Versuch zu einer Einigung zu machen. Auch die beabsichtigte Aussperrung war dem Schlichter bekannt. Er hat trotzdem nicht das geringste unternommen, um eine Verständigung herbeizuführen. —

Weimarer Koalition in Hessen. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Vertreter der Konservativen, der Demokraten und der Sozialdemokraten im Hessischen Landtag auf die Bildung einer neuen Regierung auf der Basis der Weimarer Koalition unter Verhaltung der bisherigen Positionen geeinigt. Die Wahl des Staatpräsidenten wird in der nächsten Woche stattfinden. —

Katharina v. Oheimb tritt aus. Frau Katharina v. Oheimb hat in einem Schreiben vom 13. März an den Parteivorsitzenden Dr. Stresemann ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Als Grund ihres Austritts teilt Frau v. Oheimb mit, daß die zweipartige Haltung der offiziellen Führung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Reichspräsidentenwahl es ihr unmöglich macht, organisiertes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu bleiben. Frau v. Oheimb bekannte sich nach wie vor zu den Grundsätzen der Partei. —

Simons' Vertretung beim Reichsgericht. Nachdem der Reichspräsidentenvertreter Dr. Simons zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bestellt worden ist, hat er seine Vertretung beim Reichsgericht wie folgt geregelt: Den Vorsitz im Plenum und die Verwaltungsgechäfte übernimmt Senatspräsident Striedemann, den Vorsitz im 1. Zivilsenat Reichspräsident Reichert. Ferner übernehmen Senatspräsident Löbe den Vorsitz und die Verwaltungsgechäfte des Reichsgerichtsarchivs, Senatspräsident Zimmerle den Vorsitz und die Verwaltungsgechäfte des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich und Senatspräsident Oegg die Verwaltungsgechäfte des Ehrengerichtshofs für Rechtsanwälte und den Vorsitz in dessen 1. Senat. —

Depeschen.

Zwei Polizisten erschossen.

* Düsseldorf, 16. März. Zu dem Feuergefecht zwischen einem Verbrecher, der sich in den Abort einer Gastwirtschaft versteckt hatte, und Schutzpolizei wird gemeldet, daß einer der Beamten seinen Verlebungen erlegen ist und ein anderer in Lebensgefahr schwelt. —

Die Toten von Halle.

* Halle a. S., 16. März. Die Zahl der Todesopfer des Schießers im „Böllersaal“ hat sich nun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos. —

Nachrichten aus der Provinz.

Parteienachrichten.

Schönebeck und Umgegend. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr, im "Stadtpart" (rechter Saal) Funktionsfeier. Stellungnahme zur Präsidentenwahl. Erneut allen Funktionären dringend erfordert.

Diesdorff. S. A. B. Dienstag, 8 Uhr, Feierabend im Stein.

Wanzleben-Döbbernsleben.

Der Kampf um den Reichspräsidenten.

In unsern Kreisen finden in den nächsten Tagen folgende öffentlichen Wählerversammlungen statt:

Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr: Schonebeck, bei Huhn. Referent: Stadtverordneter Otto Böck (Döbbernsleben).

Wanzleben, bei Lüenz. Referent: Parteisekretär Schumacher und Gaußsekretär Wille.

Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr: Klein-Wanzleben. Referent: Parteisekretär Schumacher. Klein-Rödersleben, bei Danzmann. Referent: Angestellter W. Danzmann.

Altenhönsleben, bei Mühlmeier. Referent: Gewerkschaftsbeamter Franz Lange (Magdeburg).

Schleinitz. Referent: Landarbeiter Werner Ollendorff (Döbbernsleben).

Donnerstag den 19. März, abends 8 Uhr: Böhndorf. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schröder. Altenhönsleben. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher. Schwaneberg. Referent: Gaußsekretär Ernst Wille. Hünfelden. Referent: Stadtverordneter Otto Böck (Döbbernsleben).

Freitag den 20. März, abends 8 Uhr: Diesdorff, bei Thiele. Referent: Oberbürgermeister Beimann. Lipsdorf. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher. Eggenstedt, bei Walte. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schröder.

Bottmersdorf, bei Siebert. Referent: Gewerkschaftsbeamter Franz Lange.

Sonnabend den 21. März, abends 8 Uhr: Egeln. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher. Klein-Döbbernsleben. Referent: Landarbeiter Werner Ollendorff (Döbbernsleben).

Eilenstedt, bei Wegener. Referent: Gaußsekretär Ernst Wille. Nordhorst. Referent: Gewerkschaftsbeamter Oswald Strobel. Anderten. Referent: Stadtrat Paul Höhneich.

Ottleben, bei Kötting. Ref.: Stadtverordneter Lehrer Berg. Groß-Ottleben, bei Herbst. Referent: Stadtverordneter Otto Böck.

Sonntag den 22. März, nachmittags 3 Uhr: Böhndorf, bei Buchmann. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher. Holzen. Referent: Gaußsekretär Ernst Wille.

Groß-Hörnerstleben, in der "Sonne". Referent: Stadtverordneter Lehrer Berg.

Sonnabend den 22. März, abends 8 Uhr: Sülfdorf, bei Ergleben. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schröder.

Egerleben, bei Kloßmann. Referent: Gaußsekretär Ernst Wille. Barthaus, bei Plümcke. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.

Krottorf, bei Helmholz. Referent: Stadtrat Paul Höhneich. Dallgow. Referent: Gewerkschaftsbeamter Oswald Strobel. Bröningen. Referent: Gewerkschaftsbeamter Otto Pehold.

Neuwegenstleben, bei Kerth. Referent: Stadtverordneter Hermann Krebs.

Die Versammlungen müssen einen Massenbesuch der Republikaner aufweisen. Unrechte Funktionäre dürfen keine Gelegenheit versäumen, für den Besuch der Wahlversammlung zu werben. Wenn alle Kräfte angespannt werden, muss es möglich sein, unserm Kandidaten Otto Braun zum Siege zu verhelfen. Hinein in den Kampf! Mit Parteidruck!

Das Parteisekretariat.

S. A. Ernst Schumacher.

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottleben. Eine Parteimitgliederversammlung findet am Freitag den 20. März, abends 8 Uhr, bei Kötting statt. Die Versammlung ist äußerst wichtig; es muss zur Präsidentenwahl und andern politischen Fragen Stellung genommen werden. —

Groß-Ottleben. Eine Bezirksversammlung der Metallarbeiter findet am Mittwoch abend 8 Uhr in den "Hansa-Sälen" statt. Kollege Otto spricht über den Bau eines Gewerkschaftshauses. Es wird in dieser Versammlung auch Stellung zur Generalversammlung genommen. Zahlreiches Gejubel der Kollegen ist notwendig. —

Egerleben. Gemeindevertreterversammlung. Der Gemeindevorsteher gedachte in schlichten Worten unsers verstorbenen Reichspräsidenten. Die Versammlung erhob sich zu seinen Ehren von ihren Plätzen. Die Grund- und Gebäudesteuer beträgt wieder 150 Prozent. Der Vorschlag für 1925/26 wurde genehmigt. Der Stabilisator mit 3128 Mark, die Gemeinde stellt Baustellen zur Verfügung, und zwar die 6 Morgen an der Bahn. Jeder Bauherr erhält 3 Morgen. 20 Ruten Baustelle gratis; 70 Ruten müssen gekauft werden, und zwar die Rute mit 3 Mark. Das Kapital muss mit 3% Prozent pro Jahr verzinst werden. In den Wohlfahrtsanschlag wurden noch gewählt: Otto Sonnenbach als Kriegsbeschädigter, F. Hüger und G. Goldsader als Altenrater. Außer dem Zufluss, den das Wohlfahrtsamt an die Kriegerwitwen zahlte, soll von der Gemeinde noch ein Zugang von 25 Mark gezahlt werden. Die Prüfung der Anträge übernimmt die Armenkommission. Der Platz für ein zu errichtendes Denkmal für die im Weltkrieg Gefallenen wurde auf dem neuen Friedhof bewilligt. Mit der Bildung eines Denkmalsausschusses wurde der Gemeindevorstand beauftragt.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Altaldensleben. Gemeindevertreter-Sitzung. Nach Eröffnung der Sitzung gedenkt der Gemeindevorsteher, George Schieba, des verstorbenen Reichspräsidenten und der anlässlich des Gründungslädes auf Zeche Minister Stein verunglimpften Bergleute. Die Versammlung ehrt die Verstorbenen durch Erwähnen von den Plätzen. Einet sich notwendig machenden Tendenz des § 16 des Ortsstatus für das gemeinsame Gewerbegericht Alt- und Altaldensleben wird von der Gemeindevertreter-Sitzung abgestimmt. Zwei Anträge, des Ortsbaudienstes für Jugendpflege zufolge, eine kostenlose Benutzung der Anschlagstafeln sowie der freiwilligen Feuerwehr auf Beschaffung von 20 Meter langen Hanfseilen mit Kuppelungen, wird zugestimmt. Einige Siedler der hiesigen Gemeinde bitten, ihnen die Siedlungsbauplätze gegen eine angemessene Entschädigung als Eigentum zu überlassen. Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt und der Gemeindevorsteher beauftragt, zunächst nochmals mit den Siedlern zu verhandeln. Wenn es noch darum handelt, Männer, die sich für die Gemeinde verdient gemacht haben, zu ehren, scheint es einzigen Siedlern der bürgerlichen Fraktion gegen den Strich zu geben. So-

hatte es der Gemeindevorstand unternommen, anlässlich der Beerdigung des früheren bürgerlichen Gemeindevorsteher S. in Le einen Krantz zu übermitteln. Gegen diese, seiner Meinung nach überflüssige Formalität wandte sich der Gemeindevertreter Bendix von der Wirtschaftsgruppe. Dieser Herr brachte es sogar fertig, gegen die Übernahme der geringen Kosten aus Gemeindemitteln zu stimmen. Solche Taktlosigkeit ging einem Teile der Herren der bürgerlichen Gruppe aber doch zu weit, sie stimmten für den Vorschlag des Gemeindevorstandes und ersparten dadurch der Gemeindeverwaltung eine Blamage. Um in Zukunft solche unliebsamen Zwischenfälle zu vermeiden, beschloss die Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand Vollmacht zu geben, bei ähnlichen Anlässen bis zu einem Betrag von 20 Mark selbst zu verfügen. Der Vorschlag für die Gemeindeländer wurde für das Rechnungsjahr 1925 wie folgt festgesetzt: das Gelände links der Straße nach Neuhaldensleben wird mit Ausnahme der direkt am Wege gelegenen 2 Morgen mit 10 Mark, der rechts gelegene Acker mit 12 Mark und das am Dammhülenweg gelegene Ackerland mit 25 Mark pro Morgen abgegeben. Ferner wurde beschlossen, Familienstammbücher auch für die hiesige Gemeinde zu beschaffen. Die dazu erforderlichen Mittel werden bewilligt. In einem Arnenfall wurde der Übernahme der durch die Fahrt zu einem Krüppelwagen tatsächlich entstandenen Kosten zugestimmt. Außerdem erhielt ein Antrag des bürgerlichen Gemeindevertreters Rector Schröder, der ohne Kenntnis des Falles eine Haushaltsumme bewilligen wollte. Da sich Rector Schröder sehr wund für die Auszahlung eines höheren Salzes einsetzte, ist anzunehmen, dass er, auch ein Teil seiner Fraktionsfreunde, in gewissen Fällen auf die sonst so viel geprägte Sparsamkeit pfeift.

Langermünde. ■ Öffentliche Volksbücherei

Knobelschule, Lindenstraße. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

sätzlich keine Bedenken gegen diese Vorschläge, nur über die Höhe konnte man sich nicht einigen. Der Vorschlag zur Steuergesetzgebung beträgt für unbesiedeltes Land 50 Prozent, für bebautes 25 Prozent und der Vorschlag zur Haushaltsssteuer 50 Prozent vom 1. April an. Der Bericht über die Vereinigungsverhandlungen mit Schönebeck gab Genosse Häfner. Er brachte im Namen der Kommission eine Denkschrift ein, aus der hervorgeht, dass die bürgerliche Mehrheit in Schönebeck ernstlich gar nicht daran denkt, eine Vereinigung mit Brohne einzugehen. Das beweist die Abstimmung des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion des Schönebecker Stadtverordnetenkollegiums am 5. März, indem die Bürgerlichen eine prinzipielle Erklärung für die Vereinigung geschlossen absehnen. Es scheint, als ob Brohne in Schönebeck nicht gern gehen wird. Es scheint, als ob Brohne in Schönebeck nicht gern gehen wird. Die Mitglieder der Verhandlungskommission legten deshalb einmütig ihre Stimme nieder. Die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen trägt die bürgerliche Stadtverordnetenfraktion in Schönebeck. Die Wähler könnten ja noch in diesem Jahre dafür sorgen, dass unsre Genossen in Schönebeck wieder die Mehrheit bekommen, dann ist es vielleicht noch Zeit, das veräumte nachzuholen. Gefragt sei der bürgerlichen Wirtschaftsfürsten von Schönebeck, dass wir in Brohne nicht gewillt sind, auszuführen, was diese Herrschaften beabsichtigen. In die Kommission für Neueröffnungen wurden die Städte Guntershausen, Lebemann, Mandel und Häfner gewählt. Es soll über ein Dreistadt für die Pflichtfeuerwehr beraten werden. —

Schönebeck. Zusätzliche Versammlung am Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Jugendheim "Burgschule", Breiter Weg bei Klühe (gegenüber der Kirche). Die Funktionäre der Arbeiterjugend müssen an dieser Zusammenkunft der Jungsozialisten teilnehmen. Funktionärsitzung der Arbeiterjugend am Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim. —

Schönebeck. Sozialrente - Ausschreibung am Dienstag den 17. März in der üblichen Reihenfolge im Stadthause. Breiter Weg. Es wird an pünktliche Abholung erinnert. Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Versammlung morgen Dienstag in der "Tonhalle". Neuer Stadtverordneter. An Stelle des Genossen Höhne, welcher sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat, tritt nunmehr der frühere Landtagsabgeordnete Genosse Otto Kunze. — Die gehobene Knabenschule bleibt auf Grund des Stadtverordnetenbeschlusses bestehen. Es können jetzt auch Mädchen mit aufgenommen werden. Durch diese Erweiterung ist die Stelle des Kettors wieder besetzt worden. Die Wahl, welche der Magistrat vorgenommen hat, ist auf den Kettor Biebold gefallen, der jetzt Kettor der Mädchen-Volksschule ist. —

Schönebeck. Wahlberichtskabinett. Am Dienstag den 17. März findet im "Stadtteil" im gelben Saale abends 8 Uhr eine wichtige Sitzung aller Parteigenossen und Genossinnen statt, welche sich mit der Wahl des Reichspräsidenten beschäftigen wird. Es wird seitens der Parteileitung erwartet, dass alle Funktionäre erscheinen. —

Stadtburg. Arztliche Beurteilung der Schulkindern. Dem Verwaltungsbericht der Stadt entnehmen wir aus dem Abschnitt der Schulärztlichkeit im Jahre 1924 nachstehende Angaben: Der Arzt Nieger berichtet über die Mädchen aller drei Volksschulen unter anderem folgendes, indem er die Fortschreibung der Schulversorgungen fordert: Von den 573 arztl. beobachteten Kindern waren nur 425 gleich 79 Prozent von guter Konstitution, 312 waren schwächlich und 136 Kinder direkt unterernährt, das sind 16 Prozent. Die Untersuchung der Schulärztlichkeit ergab folgendes: Von den 51 Kindern waren 55 normal genügt, 23 schwächlich, 1 unterernährt. Im Hinblick auf den körperlich von der Regierung angeordneten Abbau von meisternem Lehrerstellen ist es interessant, dass Herr Nieger im Vorjahr die Neuerrichtung von vier schon damals eingezogenen Klassen verlangt hat. Dr. Niemann hat in den drei Knabenvolksschulen 456 Kinder untersucht. Er sieht bei 261 (57 Prozent) einen guten Ernährungs- und Kräftezustand, bei 159 einen mittleren, bei 86 (15 Prozent) einen schlechten fest. Im schlechtesten war die körperliche Beschaffenheit der Kinder in den oberen Klassen. Vergleicht man - so sagt Dr. Niemann - den Bericht von 1922/23, in dem von 421 Kindern 48 als direkt unterernährt angegeben wurden, so ergibt sich eine geringe Besserung der ganz schlechten Ernährungsgröße, während die leichteren Grade der Unterernährung, die in dem Bericht 1922/23 nicht berücksichtigt sind, immer noch groß erscheinen... Im ganzen ist demnach der Gesundheitszustand der Schulkindern kein schlechter... Dr. Niemann konzentriert weiter erhebliche Gewichtszunahmen durch die Schulspeisungen und die guten Wirkungen des Erholungsaufenthalts von vier Knaben in Elmen und 22 in Elbeau. Hinzufügen ließe sich, dass auch diese beiden Schulärztkomitee die alte Erfahrung bestätigen, dass die kleinen Kinder in einem besseren Ernährungszustand als die größeren befinden.

Altmark.

Wählerversammlungen!

Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr: Meseberg, Dobbernsleben. Redner: Gewerkschaftssekretär Hallmann (Stendal).

Lüderitz, Groß-Schwarsen. Redner: Gewerkschaftssekretär Hallmann (Stendal).

Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr: Polbitz. Redner: Stadtverordneter Götz (Seehausen).

Gr. Wulsdorf. Redner: Parteisekretär Müller (Stendal).

Nahstedt. Redner: Gemeindevertreter Ebeling (Döbbelin).

Brüelitz. Redner: Gewerkschaftssekretär Hallmann (Stendal).

Hindenburg. Redner: Landtagsabgeordneter Brandenburg (Magdeburg).

Freitag den 20. März, abends 8 Uhr: Storkow, Börge. Redner: Gewerkschaftssekretär Hallmann (Stendal).

Kläden. Redner: Parteisekretär Müller (Stendal).

Stendal, in Kintaus (Festhalle). Redner: Landtagsabgeordneter Brandenburg (Magdeburg).

Sonnabend den 21. März, abends 8 Uhr: Wendemark, Börgerfelde. Redner: Gewerkschaftssekretär Nagel (Stendal).

Buchholz. Redner: Gemeindevertreter Ebeling (Döbbelin).

Zedden. Redner: Parteisekretär Müller (Stendal).

Goldebee. Redner: Landtagsabgeordneter Vollmann (Halberstadt).

Tagesordnung: Reichspräsidentenwahl und Sozialdemokratie!

Parteigenossen! Sorgt für guten Besuch der Versammlungen und bringt besonders auch die Frauen mit. Zur Unkostenbedeckung wird Eintrittsgeld erhoben oder eine Tellerammlung veranlasst.

Parteisekretariat Stendal.

Stendal. Die Wählerlisten liegen im Rathaus vom 15. bis 23. März aus, und zwar werktags von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr und am Sonntag von 11 bis 1 Uhr. Es sind dieselben Listen, die für die Dezemberwahl für den Reichstag und Landtag aufgestellt sind. Wer also am 7. Dezember gewählt hat, braucht die Listen nicht einzusehen, ebenso wer jetzt eine Wahlstätte erhalten hat. Jeder Wähler muss wieder in dem Bezirk wählen, wo er im Dezember gewählt hat. Wer bis zum Beginn der Listenauslegung keine Karte bekommen hat, muss die Listen einsehen. —

Wahlversu nfall. In der Johanniter-Krankenhaus wurde der Befehlshaber M. aus dem hiesigen Eisenbahnausbesserungswerk eingeliefert. Ihm fiel glühendes Eisen auf den Fuß, wodurch mehrere Sehnen des rechten Mittelfußes gerissen sind. — Die Gründungsfeier und Haussitzung für März ist in der Johanniter-Krankenhaus am 16. von 8½ bis 12½ Uhr vormittags zu zählen, und zwar nach den bisherigen Bekanntmachungen. —

Die Karawane kommt!



**So ein Andrang war noch nicht da
So ein Programm war auch noch nicht da**

Stuart Webbs

Die Herren des Dr. Salmodge.

Ein neues Abenteuer des Meisterdetektivs.

Ellen Kurti C. W. Rahter U. Steinrück

Sklaven der Liebe

Der ewige Kampf der Temparemente! Ausflamende Leidenschaft und süßes Vergnügen im Gegensatz zur reinen, spieberechten Liebe.

Legen Sie Wert auf gute Blüte, dann besuchen Sie schon die 5-Uhr-Vorstellung.



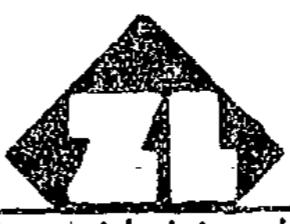
Panorama-Lichtspiele

Alle brüllen, toben, schreien, heulen

über die glänzende Lustspielwoche in den

Zirkus-Lichtspielen.

6 Wolfenfräher des Hundes



Zirkus-Lichtspiele

Chaplins erster Chefzwist.

Die Affenfarm.

„Er“ wird Landwirt.

Bitte verhaften Sie mich.

„Er“ im Schlafwagen.

Affenliebe.

Man verneigt zunächst die erste Vorstellung um 6 Uhr nachmittags.

DER VIEHL MANN REGIE F. W. MURNAU



Hauptrolle:

Emil Jannings.

Premiere: Donnerstag den 19. März.

Spielzeiten: 4 $\frac{1}{2}$, 6 $\frac{1}{2}$, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Walhalla-Lichtspiele



Ein fabelhaftes Programm.

Das schöne Abenteuer

Sechs Kapitel aus dem Leben einer Frei, die ein schönes Abenteuer suchte und einen Mann fand.

Die Darsteller:

Seine Hoheit
der Herr, der lächelt
Hans Unterkirchner

Oberst Bracken
ein tüchtiger Adjutant
Wolfgang v. Schwind

Bessy Ferguson, die Frau,
die das schöne Abenteuer suchte
Vilma Banky

Die tragischen Begebenheiten spielen sich irgendwo im fernen, schönen Süden ab im Jahre des Heils 1924.
Außerdem das erschütternde Drama,

Der Flug zum Glück.

Bobby Metler
der wirklich harmlose Herr a. Berlin

Georg Alexander

Henry Valeez
eine sehr gesuchte Persönlichkeit

Ernst Reicher

L. Brennecke
die Brust ohne Kus

Loni Pyrmont

Zentral-Theater

Gräfin Mariza

Musik von Emmerich Kalman
mit Oskar Neruda a. G.
und der Original-Zigeuner-Kapelle Konkoly.

Sonnabends zwei Vorstellungen:
3 $\frac{1}{2}$ Uhr (kleine Preise)
und täglich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Sprechmasch.-
Reparaturen
Apparate
von 30.00 Mark an
Teilzahlung seitgetragen.

Müller, Apfelstraße 6
Tel. Nebenzahl 8146

1 Kind-Sportwag. 10 M.

gebr. Rettstück 12 M.

1 vollst. Bett rot. 45 M.

1 Flöte 18 M. 1 Zither 7 M.

Gitarre 1.50 M. u.

Tüpfel, neu u. gebraucht.

Max Eckstein jun.

Ren. Schuhgröße 50.

Preise aller Art.



Dienstag — Mittwoch — Donnerstag
Anfang 4 Uhr Anfang 4 Uhr

Die beliebten

Raffeekonzerte.

Als Einlage:
Geschwister Studler in neuen Länden

und
Heinz Reyer, der beliebte Chansonnier.

Eintritt frei.

Walhalla-Lichtspiele

Unser Programm gefällt!

Mutterliebe

Ein Drama ergreifendsten Inhalts. — Hauptrolle:

Mary Carr

In die Ehe geritten.

The Hottentot

— 6 alte tollste Begebenheiten. —

Die neueste

Scionon-Auslands-Bude.

Spielzeit: Werktag 5 Uhr.

Wie köstlich
können dem Feinner die guten aus

Reichel-Essenzen

für nur wenig Geld selbst bereiteten Süße, Fruchtmarmelade, Puddingkreme, Gebäck in Dose und Apfelsinen über nur verborgt mit der Reichel'schen „Sichtbora“. Dr. Reichel's Rezeptbüchlein dientlich unisono oder kostenfrei durch Essenzfabrik Otto Reichel, Berlin Ps 20, Eisenbahnstr.

